



Vorsitz Dave Roth, Einwohnerratspräsident (SP)

Protokoll Stefan Wagner, Gemeindeschreiber II

Präsenz 38 Mitglieder

Entschuldigungen Philipp Umbricht (FDP)
Patrick Wipfli (CVP)

Aufschaltung Axioma 06. Dezember 2019

Genehmigung Dieses Protokoll gilt gemäss § 26 der Gemeindeordnung als genehmigt, wenn nicht bis zum 06. Januar 2020 Abänderungen oder Ergänzungen beim Büro des Einwohnerrates schriftlich verlangt werden.

Dave Roth, Einwohnerratspräsident (SP), heisst die Mitglieder des Einwohnerrates, des Gemeinderates, die Verwaltungsangestellten, speziell die neue Leiterin der Sozialen Dienste, Anita Schmid, James Bruderer, Kandidat FiGPK, die Pressevertreter und alle weiteren Gäste willkommen.

Traktandenliste:

- 1 Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten
- 2 Verpflichtungskredit Arbeitszone Rüteneu; Erschliessung Kanalisation
- 3 Verpflichtungskredit Altlastensanierung Fröschegräbe
- 4 Budget Einwohnergemeinde 2020
- 5 Ersatzwahl Finanz- und Geschäftsprüfungskommission
- 6 Ersatzwahl Wahlbüro
- 7 Verpflichtungskredit Schulanlage Chapf; Umnutzung Kommandoposten I in Schutzräume
- 8 Verpflichtungskredit Schulanlage Chapf; Einbau Unterrichtseinheiten Wirtschaft, Arbeit, Haushalt
- 9 Gesamtrevision Nutzungsplanung; Behandlung der Rückweisungen
- 10 Einwohnerrat; Revision Geschäftsreglement
- 11 Wahl Einwohnerratspräsident für die Präsidialperiode 2020 / 2021
- 12 Wahl Vizepräsident des Einwohnerrates für die Präsidialperiode 2020 / 2021
- 13 Wahl von zwei Stimmzählern für die Präsidialperiode 2020 / 2021
- 14 Postulat SP-Fraktion betreffend Halteverbot beim Kindergarten Klosterzelg, Überweisung
- 15 Beantwortung von gestellten Fragen
- 16 Mitteilungen des Gemeinderates
- 17 Neueingänge

1 Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten

Dave Roth, Einwohnerratspräsident (SP):

Rücktritte aus dem Einwohnerrat

Nach Abschluss der Präsidialperiode trete ich zurück und mache einer neuen Kraft im Einwohnerrat Platz.

Peter Vismara wird den Rat infolge Wegzug nach Hausen ebenfalls verlassen. Er

schreibt: „Ich durfte mich während 14 Jahren als Einwohnerrat und einigen Jahren als Mitglied der FiGPK für die Gemeinde einsetzen. Es war eine interessante, spannende und lehrreiche Zeit. Neben der Tätigkeit in den Ämtern und der guten Zusammenarbeit, hier speziell auch in meiner Fraktion, war für mich vor allem der Kontakt mit Euch und Ihnen allen als Menschen sehr bereichernd. Dafür ganz herzlichen Dank.“

Wir haben zu danken, ich habe Deinen Einsatz immer sehr geschätzt. Du warst jederzeit fair und kollegial. Offiziell findet die Verabschiedung am Schlusshock vom 13. Dezember 2019 statt. Der Versand der Einladung erfolgt im November. Wir treffen uns zuerst zum Eisstockschiessen und gehen anschliessend ins Campusrestaurant.

Todesfall Alois Keller

Am 28. September 2019 ist Alois Keller gestorben. Er war vom 01. Januar 1974 bis 31. Dezember 1985 als Mitglied der CVP-Fraktion im Einwohnerrat. Er hat den Rat 1982/83 präsiert.

Gedenkminute Alois Keller

Info Oase

Die Informationen über die Veranstaltung zur „Oase“ am 28. Oktober 2019 in Hausen wurden zugestellt.

Förderverein Campussaal

Marco Wächter ruft zum Engagement im Förderverein Campussaal auf. Bis jetzt wurde die Gemeinde immer durch den Einwohnerratspräsidenten vertreten. Da ein Wechsel alle zwei Jahre nicht sinnvoll ist, soll diese Praxis geändert werden. Es ist eine interessante Aufgabe. Es werden Anlässe von der Region für die Region unterstützt, welche den vollen Betrag nicht bezahlen können. Das gute Kollegium bietet Raum zum Netzwerken. Anmeldungen werden bis zum 30. November 2019 gerne entgegengenommen.

Traktandenliste

In der Traktandenliste fehlt die Beantwortung der gestellten Fragen. Das Traktandum 15 „Informationen des Gemeinderates“ wird deshalb entsprechend ergänzt.

Einwohnerratsprotokolle

Zum Protokoll vom 19. Juni 2019 sind keine Ergänzungs- oder Änderungsanträge eingegangen. Das Protokoll gilt deshalb in der vorliegenden Form als genehmigt.

2 Verpflichtungskredit Arbeitszone Rüteneu; Erschliessung Kanalisation

(Botschaft vom 16. August 2019)

Matthias Treier, Gemeinderat (FDP): Das Gebiet auf der anderen Seite der Geleise gehört ebenfalls noch zu Windisch. Das Gebiet fristet ein Schattendasein, obwohl der Einwohnerrat 2016 mit der Teilrevision BNO „Arbeitszone Rüteneu“ eine Entwicklung möglich machte. Gemäss BNO sind Neuansiedlungen mit einer hohen Wertschöpfung oder Innovation erwünscht. Um Vorhaben umsetzen zu können, muss das Gebiet erschlossen werden. In Zusammenhang mit der Südwestumfahrung baut der Kanton die neue Verbindungsstrasse K401 und erschliesst damit auch die Arbeitszone Rüteneu in beiden Gemeinden. Für Windisch bietet sich deshalb kurzfristig die Chance, mit dem Bau der Strasse die Abwassererschliessung sicherzustellen. Der Nutzen derartiger Synergien muss nicht weiter erklärt werden, er ist in der Botschaft erläutert. Mit dem vorliegenden Projekt kann ein wichtiges Entwicklungsgebiet fertig erschlossen werden. Dies ist im Sinne der Gemeinde und des Grundeigentümers. Der Gemeinderat beantragt den Kredit zu genehmigen.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Peter Vismara (FDP): Die FDP stimmt dem Verpflichtungskredit Arbeitszone Rüteneu zu. Die Argumente sind in der Vorlage umschrieben. Mit der Teilrevision der BNO 2016 im Baufeld Rüteneu ist eine attraktive Arbeitszone entstanden. Die Gemeinde hat eine gesetzliche Erschliessungspflicht. Es ist notwendig und sinnvoll, die Erschliessung mit Wasser, Strom und Gas jetzt sicherzustellen. Diese Erschliessung bietet Chancen: Ansiedlung von Unternehmen, Schaffung von Arbeitsplätzen, zusätzliche Steuereinnahmen. Die Erschliessung wird vollumfänglich durch die IBB ausgeführt. Die finanziellen Aspekte werden zwischen IBB und der Gemeinde abgegolten und mit einem Vertrag geregelt.

Mirjam Aebischer (SP): Grundsätzlich ist die Erschliessung sinnvoll, da sie für Gemeinde und Grundeigentümer im jetzigen Zeitpunkt günstiger ausfällt. Wir haben deshalb Fragen zum Zeitpunkt der Fälligkeit des Beitrages und zum Vertrag gestellt. Drei Fragen wurden im Axioma nicht klar beantwortet:

1. Wie stellt der Gemeinderat sicher, dass die vorgesehenen 70% gemäss Beitragsplan durch den Grundeigentümer übernommen werden? Das Reglement gibt dem Gemeinderat bei der Höhe des Beitrages einen gewissen Spielraum. Der Gemeinderat muss deshalb diesen Beitrag von 70% sicherstellen. Unklar ist die Fälligkeit des Betrages und ob das Reglement dann noch gültig ist. Was unternimmt der Gemeinderat, sollte es nicht mehr gültig sein?
2. Wird für die Zeit bis zur Fälligkeit eine Verzinsung vereinbart?
3. Im Moment besteht eine Zwischennutzung mit Parkplätzen. Wie ist die Entwässerung gelöst?

Stefan Fehlmann (EVP): Uns stören zwei Punkte: Die Botschaft wird mit einer gewissen Dringlichkeit unterbreitet, obwohl der Bau der Umfahrungsstrasse seit langem geplant ist. Wir haben heute weitere Dringlichkeiten, wie die Altlastensanierung oder die Umnutzung des Kommandopostens. Ich frage mich, ob die Dringlichkeit mit einer vorausschauenden Planung hätte reduziert werden können. Wiederholt werden Botschaften mit dem Hinweis vorgelegt, dass der notwendige Vertrag später ausgearbeitet wird. Dies war beispielsweise beim Stufenpumpwerk der Fall und jetzt wieder. Der Vertrag müsste mindestens im Entwurf mit der Botschaft vorgelegt werden. Aufgrund der Dringlichkeit stimmt die EVP dem Kredit zu.

Elsbeth Hofmänner (CVP): Die CVP-Fraktion stimmt dem Kredit aufgrund der offensichtlichen Dringlichkeit zu. Die Synergien mit dem Bau der Südwestumfahrung müssen genutzt werden. Der Beitragsplan müsste mindestens im Entwurf vorliegen, nur ein Grundeigentümer ist betroffen, unabhängig von der Höhe des Anteils. Die Abwasserleitungen führen nach Brugg. Es wird eine Zusammenarbeit mit der Stadt Brugg notwendig sein und nicht mit der IBB. Die Leitungen gehören der Stadt Brugg und führen über einen privaten Fangkanal und private Leitungen in die Entwässerungsanlagen der Stadt in der Aarauerstrasse. Wurde das Vorgehen mit den Privaten abgesprochen?

Philipp Ammon (SVP): Wir unterstützen das Geschäft. Es ist die Konsequenz aus der Teilrevision der BNO. Die Eigentumsverhältnisse haben mich aufhorchen lassen und ich bin auf die Antwort gespannt.

Matthias Treier, Gemeinderat (FDP): Die 70% basieren auf dem RFE. Dieses legt die Bandbreite fest. Der Gemeinderat hat die Kompetenz, den genauen Prozentsatz in der Verordnung zum RFE festzulegen. Dieser liegt bei 70%. Grundsätzlich wäre vor einem konkreten Vorhaben eine Anpassung möglich. Der Prozentsatz ist seit Jahren unverändert und alle Grundeigentümer sollen gleich behandelt werden. Der Beitrag wird im Beitragsplan festgelegt und wird mit der Unterschrift verbindlich. Eine Verzinsung ist nicht vorgesehen. Wir wollen bei einer späteren Zahlung keine Negativzinsen bezahlen. Es findet aktuell eine Zwischennutzung statt. Für dieses Gebiet besteht noch keine generelle Entwässerungsplanung. Diese wurde erst jetzt im Zusammenhang mit der K401 erarbeitet. Das Gebiet wird im Moment nicht entwässert, das Wasser versickert oder fliesst ab.

Zur Dringlichkeit: Der Kanton informiert über die Projekte, einmal früher, einmal später. Das Projekt war schon lange aufgegleist, es war jedoch sehr lange unklar, wann der Start erfolgen kann.

Für das Abwasser ist ein Vertrag mit den IBB irrelevant, da Wasser und Strom betroffen sind. Die IBB stellt in diesem Gebiet seit Jahren die Wasser- und Stromversorgung sicher. Das Abwasser fliesst via Brugg in die ARA. Im Bereich Campus gibt es Abwasser von Brugg, welches durch Windischer Leitungen in die ARA fliesst. Man informiert jeweils über die grössere Menge, damit die Leitungen entsprechend saniert werden können. Diese Lösungen sind mit den Ingenieuren abgesprochen und sie funktionieren. Der private Fangkanal ist auf Brugger Boden.

Fredy Bolt (SP): Wie wird sich die Verwaltung in 5, 10 oder 20 Jahren daran erinnern, dass bei diesem Projekt eine Beitragspflicht besteht? Die aktuelle Zwischennutzung ist irgendeinmal nicht mehr zulässig, ich gehe von einer Befristung aus. Besteht die Möglichkeit bei einer neuen Zwischennutzung einen Beitrag zu erheben?

Matthias Treier, Gemeinderat (FDP): Es ist Aufgabe der Verwaltung für die Erinnerung einen klaren Prozess zu installieren. Die Fälligkeit des Beitrages des Grundeigentümers wird im Beitragsplan festgelegt. Grundsätzlich ist man frei, es kann jetzt sein, nach Fertigstellung des Bauwerkes oder erst mit Eintritt der Nutzung. Man wird mit dem Eigentümer das Gespräch suchen und eine für beide Seiten stimmende Lösung finden.

Dies erfolgt unabhängig von der befristeten Zwischennutzung. Eine Verlängerung steht im Moment nicht zur Diskussion. Die Beitragsfälligkeit an eine Zwischennutzung zu koppeln wäre doch eher speziell.

Offene Abstimmung (Ausstand Matthias Knecht FDP)

Der Einwohnerrat fasst mit 37 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt den Verpflichtungskredit von CHF 235'000.00 inkl. MWST für die Erschliessung des Gebiets Arbeitszone Rüteneu zulasten der Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung.

3 Verpflichtungskredit Altlastensanierung Fröschegräbe

Matthias Treier, Gemeinderat (FDP): „Es war damals eine andere Zeit“, so hat es eine Teilnehmerin an der letzten Ortsbürgergemeindeversammlung, wo ich über das Projekt informiert habe, zusammengefasst. Diese Aussage bringt es auf den Punkt. Es gilt zu akzeptieren, dass von 1940 bis Ende der 70er-Jahre nicht das Wissen und die Infrastruktur im Bereich Kehrrichtverwertung und Recycling vorhanden war, wie dies heute der Fall ist. Es gäbe sonst landesweit nicht derart viele ehemalige Deponien oder wie in unserem Fall Altlasten. Dies soll keinesfalls als Vorwurf an die damalige Bevölkerung verstanden werden.

Windisch war Gründungsmitglied des Gemeindeverbandes KVA Turgi. Windisch hat sich sehr früh, früher als andere Gemeinden, um eine korrekte und umweltgerechte Abfallentsorgung bemüht, um den Abfall nicht einfach in Deponien abzulagern. Der Gemeinderat hat sich sehr bemüht herauszufinden, wie die Kehrrichtabfuhr und -entsorgung in dieser Zeit organisiert war. Trotz fachlicher Unterstützung war es nicht möglich, ein genaues Bild zu erhalten. Wir wissen, dass die offizielle Deponie der Einwohnergemeinde bei der ARA war. Ebenfalls wissen wir, dass der Gemeinderat in all diesen Jahren mehrmals und mit Nachdruck die Bevölkerung aufgefordert hat, keinen Abfall wild zu deponieren. Es war in dieser Zeit üblich, das Auto zu füllen und den Abfall im Wald zu entsorgen. Auch nach dem Beitritt zum Verband KVA Turgi war dieses Problem weiter vorhanden. Während Jahrzehnten war es üblich, den Abfall so zu entsorgen.

Hingegen wissen wir nicht, welche Vereinbarungen zwischen der Ortsbürger- und Einwohnergemeinde bezüglich dem Deponieren von Abfällen abgeschlossen wurden. Wir wissen dies weder für die offizielle Deponie bei der ARA, noch bei anderen Gebieten. Vor allem ist nicht klar, wer in den Fröschegräben Abfall deponiert hat und somit ist der Verursacher der Altlasten nicht klar eruierbar. In so einem Fall ist gemäss Altlastenverordnung der Grundeigentümer, in diesem Falle die Ortsbürgergemeinde, kostenpflichtig. Der Gemeinderat ist sowohl für die Einwohner- wie die Ortsbürgergemeinde verantwortlich. Er erachtet die alleinige Kostentragung durch die Ortsbürgergemeinde als zu hart. Auch wenn der Verursacher nicht klar eruierbar ist heisst dies nicht, dass die Einwohnergemeinde dort keinen Abfall abgelagert hat. Aufgrund des Ausmasses der Deponie könnte dies durchaus der Fall gewesen sein. Aufgrund der Vorgeschichte und den vielen offenen Fragen ist eine gemeinsame Finanzierung der Altlastensanierung zu je 50% durch die Einwohner- und Ortsbürgergemeinde angezeigt und fair. Die Dringlichkeit wurde bereits erwähnt. Die Einwohnergemeinde übernimmt den Lead und finanziert die Kosten vor, deshalb dieser Verpflichtungskredit. Der Ortsbürgergemeindeversammlung wird eine Vorlage für die Kostenbeteiligung unterbreitet. Damit auch in 50 Jahren zukünftige Generationen noch sauberes Trinkwasser aus dem Wasserschloss beziehen können, müssen wir dieses Problem endgültig lösen und die Deponie beseitigen. Machen wir dies nicht, verlieren wir hohe Beiträge von Bund und Kanton, was mehr als fahrlässig wäre. Vielleicht äussert sich in 50 Jahren auch ein Einwohnerrat mit „es war damals eine andere Zeit, aber zum Glück haben sie weit vorausgedacht.“

Johanna Feusi, Sprecherin FiGPK (SP): Wir hatten Fragen zur finanziellen Verantwortung und dem Stand der Vereinbarungen mit der Ortsbürgergemeinde. Diese Fragen wurden geklärt und wir empfehlen die Vorlage zur Annahme.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Esther Duran (CVP): Für die CVP-Fraktion ist die Entsorgung der Altlasten unbestritten, wir verlieren sonst hohe Subventionsbeiträge. Für die Einwohnergemeinde als Auftraggeber der Sanierung, spricht in erster Linie der seit 2002 bestehende und im Grundbuch eingetragene Nutzniessungsvertrag für diese Parzelle. Ebenso dafür spricht, dass die Parzelle vermutlich eine offizielle Deponie der Gemeinde war. Der Gemeinderat soll

alle Dokumente offen legen, diese gibt es, und die Restfinanzierung mit den Ortsbürgern ohne Anwälte regeln.

Bruno Kaufmann (FDP): Ich trinke sehr viel Hahnenwasser und will das Risiko einer Verunreinigung möglichst eliminieren. Im Namen der FDP-Fraktion ist klar, dass wir bei 1.7 Mio. nicht riskieren können, nur rund CHF 600'000.00 zu genehmigen. Wir stimmen dem Kredit einstimmig zu.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 38 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt den Verpflichtungskredit von brutto CHF 2'318'000.00 inkl. MwSt. für die Altlastensanierung Fröschegräbe.

4 Budget Einwohnergemeinde 2020

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Die Waldbewirtschaftung der Ortsbürgergemeinde wurde während meiner Zeit als Einwohnerrätin diskutiert. Es ist mir wichtig festzuhalten, dass es damals um die Nutzung und den Unterhalt des Waldes ging. Es ging nie um den Boden, dieser Nutzungsvertrag betrifft alles über dem Boden. Trotz Entscheid des Einwohnerrates bitte ich um Verständnis für diese Berichtigung, sie ist im Hinblick auf die Ortsbürgergemeindeversammlung sehr wichtig.

Der Gemeinderat unterbreitet für das Jahr 2020 wieder ein ausgeglichenes Budget. Der ausführliche Budgetbericht und die überarbeiteten Finanzpläne waren rechtzeitig verfügbar. Ich gehe auf folgende Themen ein: Budgetprozess, Investitionstätigkeiten 2020 und die Eigenfinanzierungen.

Der Budgetprozess startet seit 2 Jahren im Operativen Leitungsteam. Die Jahresziele für das kommende Jahr werden diskutiert und festgelegt. Daraus leiten sich die Projekte und die Budgetbeträge ab, die Diskussionsbasis für den Gemeinderat. Selbstverständlich werden die Entscheide des Operativen Leitungsteams nicht einfach übernommen. Dies hätte 2020 zu einem Aufwandüberschuss geführt. Der Gemeinderat hat die ihm wichtigsten Bereiche diskutiert und Anpassungen vorgenommen. Anschliessend wurde das Budget mit dem Operativen Leitungsteam bereinigt, dieses trägt das Budget

2020 vollumfänglich mit.

Für den Gemeinderat war speziell der Stellenetat wichtig. Der Stellenplan bei der Abteilung Steuern wurde um 20% erhöht. Das Wachstum in Windisch und den Partnergemeinden macht diese Anpassung notwendig. 10 Stellenprozente werden von den Einwohnerdiensten zu den IT-Dienstleistungen verschoben. Dies belegt, wie sorgfältig die Verwaltung mit den Ressourcen umgeht. Durch die Digitalisierung hat sich das Arbeitsvolumen verändert. So fällt beispielsweise das Einpacken der Einwohnerratsvorlagen weg. Aus diesem Grunde können 10 Stellenprozente der IT zugewiesen werden, welche zusätzliche Kapazität braucht. Die Erhöhung des Stellenplans bei der Planung + Bau hat der Einwohnerrat im Juni genehmigt und wir hoffen, dass wir die Mittel 2020 einsetzen können. Die Inkraftsetzung der neuen BNO erfordert in verschiedenen Bereichen die Erarbeitung von Steuerungsinstrumenten. Es gilt den Vollzug der Mehrwertabgabe zu regeln. Der Einwohnerrat hat die Motion zur Planung gemeinnütziger Wohnungen überwiesen. Die Erfahrungen zeigen die Wichtigkeit, die Bevölkerungsstruktur, wo möglich, zu steuern. Es braucht nicht einseitige, sondern breite und ausgewogene Wohnungsangebote. Der Gemeinderat nimmt die Motion zum Anlass, mit externer Hilfe eine Strategie für die Überbauung der Entwicklungsgebiete zu entwickeln. Der gemeinnützige Wohnungsbau soll nicht nur auf das Gebiet im Winkel beschränkt werden. Wir wollen eine Strategie für das ganze Gemeindegebiet. Aus Gesprächen wissen wir, dass grössere Wohnüberbauungen in der Entwicklung oder in Planung sind. Es darf uns nicht mehr das Gleiche wie vor 16 Jahren passieren. Damals hat das für die Steuerkraft von Windisch extrem wichtige mittlere und hohe Segment im Wohnungsangebot gefehlt. Es muss das Anliegen von uns allen sein, den Standard zu behalten und nicht wieder schwierige Strukturen in der Gemeinde zu provozieren. Diesen wichtigen Teil müssen wir sorgfältig angehen.

Ein weiteres Thema ist die Entwicklung des Bahnhofes / Stadtraumes. Das Projekt Vision Mitte wurde nach der Eröffnung der Fachhochschule Nordwestschweiz abgeschlossen. Die Projekte wie beispielsweise die Baufelder A und D, die Campuspassage, die Veloparkierung und die Entwicklung und Erschliessung des Areals Kabelwerk waren damals noch nicht entwickelt und umgesetzt. Mittlerweile muss auch das OASE-Projekt bei diesem Raum mitberücksichtigt werden. Dieses wird uns in nächster Zeit sehr fordern. Auf Initiative des Stadtrates und des Gemeinderates Windisch haben wir eine Auslegeordnung mit den involvierten Grundeigentümern und Partnern vorgenommen. Mit den Vertretern der SBB Immobilien, Infrastruktur Brugg Kabel, mit dem Kanton, dem ÖV mit dem Langsamverkehr, dem OASE-Projekt und mit der Raumplanung sind wir übereingekommen, dass die Installation einer übergeordneten Projektorganisation

wichtig ist. Die Entwicklung im Bahnhof-Stadtraum muss koordiniert angegangen werden. Klares Ziel ist eine Testplanung. Bevor das Pflichtenheft erarbeitet werden kann, braucht es einige Vorbereitungsarbeiten. Ein Verkehrskonzept, welches zwischen der OASE und dem heutigen System und den künftigen Nutzungen vermittelt und Lösungen aufzeigt. Es ist in unserem Sinne, diese Planung anzupacken und die notwendigen Grundlagen, Rahmenbedingungen, Planungsinstrumente aufzuarbeiten. Die Projektorganisation, die Qualitätssicherung, ein wichtiger Aspekt für uns, das Abschätzen der Kosten und das Festlegen des Kostenteilers sind weitere wichtige Punkte. In den Bereich Organisation gehört auch die Kommunikation. Der Gemeinderat weiss, dass er wenig über diese Planungsschritte informiert hat. Sobald mit den Kooperationspartnern klare Zielsetzungen, die Organisationsform und die Verantwortlichkeiten festgelegt sind, wird die Öffentlichkeit durch den Stadtrat und den Gemeinderat informiert. Diese Entwicklung wird unser Erscheinungsbild prägen und die Öffentlichkeit hat ein Anrecht auf eine offene Kommunikation.

Das Thema Bildung war ein weiterer Aspekt, nicht zuletzt die anstehende Einführung des Lehrplans 21. Für das neu organisierte Fach Wirtschaft, Arbeit und Haushalt sind die Mittel für die neuen Lehrmittel im Budget eingestellt. Für den Bereich Medien und Informatik wird dem Einwohnerrat im Januar eine Botschaft zur Beschlussfassung vorgelegt. Dieser Bereich hat noch nicht den von uns gewünschten Bearbeitungsstand. Ein grosses Ziel ist die Eigenfinanzierung unserer Projekte. In den letzten Jahren ist uns dies gut gelungen, weil wir dort investiert haben, wo es dringend nötig war. Die anstehende grosse Investition bei den Schulanlagen erfordert, dass die zur Verfügung stehenden Mittel gut verteilt werden. Der Gemeinderat hat beschlossen, 2020 das Lehrschwimmbecken für 1.9 Mio. um zu nutzen, diese Botschaft folgt im Januar. Der Einbau einer neuen Schulküche von CHF 751'000.00 wird heute noch beraten. Bei beiden Vorhaben kann der Zeitpunkt der geplanten Investition diskutiert werden. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass diesen vorgezogenen Investitionen vor dem Neubau der Schulanlage Dohlenzelg etwas Ruhe einkehrt. Andererseits werden wir dem neuen Unterrichtsfach Digitalisierung gerecht. Investitionen von knapp 1 Mio. hat der Einwohnerrat bereits bewilligt. Auf eine Investitionssumme von 4.8 Mio. können wir eine Selbstfinanzierung von 2 Mio. ausweisen. Mir ist wichtig, diese Investitionen jetzt anzugehen. Beginnen wir in zwei bis drei Jahren mit dem Neubau der Schulanlagen werden wir viel grössere Investitionstranchen haben. Wichtig ist, dass die notwendigen Investitionen finanziell verkraftbar sind. Die Erfahrungen haben mich gelehrt, den richtigen Zeitpunkt zu bestimmen und nicht alles gleichzeitig zu realisieren. Wie bereits erwähnt,

liegt die Selbstfinanzierung bei 2 Mio., sie war auch schon schlechter. Mit 47% entspricht sich auch nicht ganz unseren Vorstellungen.

Die Finanzverwaltung hat die Steuereinnahmen und Sozialhilfeausgaben vor der letzten Gemeinderatssitzung nochmals überprüft. Die Hochrechnung bestätigt die Richtigkeit der budgetierten Beträge für 2020. Gestützt auf die Erfahrungen der letzten Jahre präsentiert der Gemeinderat das Budget 2020 auf den aktuellsten Daten und Kenntnissen. Der Gemeinderat empfiehlt dem Einwohnerrat das Budget 2020 mit einem Gewinn von CHF 145'600.00 bei gleichbleibendem Steuerfuss von 115% zu genehmigen.

Daniel Brassel, Präsident FiGPK (EVP): Die FiGPK hat das Budget mit Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung der Einwohnergemeinde mit Spezialfinanzierungen und Budgetkontrolle geprüft. Das Budget ist vollständig, der Budgetierungsprozess nachvollziehbar und durch die Verwaltung ausführlich begründet. Uns sind keine wesentlichen Ungereimtheiten oder kritische Punkte aufgefallen. Den budgetierten kleinen Gewinn nehmen wir gerne zur Kenntnis. Weniger erfreulich ist die budgetierte Schuldenzunahme um CHF 2.3 Mio. auf CHF 9.7 Mio. Dies entspricht einer Zunahme von 33%. Vielleicht ist es aufgefallen, der Budgetbericht der FiGPK war seit Jahren nicht mehr so schlank. Nein, wir sind nicht faul geworden, im Gegensatz haben der Umfang und der Detaillierungsgrad des Budgetberichtes stark zugenommen. Ein grosses Lob an Michael Schleuniger und sein Team für den ausführlichen und verständlichen Budgetbericht. Die Dokumentation zu den Budgetkrediten ist sehr detailliert und das von uns angeregte Factsheet liegt vor. Dies war uns eine Hilfe, besten Dank. Aufgrund unserer Prüfung empfehlen wir die Annahme des Budgets 2020 und danken dem Gemeinderat und der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Toni Burger (CVP): Die CVP-Fraktion nimmt vom vorgesehenen positiven Rechnungsergebnis Kenntnis. Verschiedene grössere neue Ausgabepositionen verhindern einen grösseren Überschuss. Die Abweichungen von grösseren Positionen sind noch detaillierter beschrieben, was sehr hilfreich war. Das Budget enthält viele Eventualpositionen. Hoffentlich werden dadurch weniger Nachtragskredite nötig. Das vorliegende Budget ist kein Sparbudget. Die Budgets der Spezialfinanzierungen sehen vorwiegend Aufwandüberschüsse vor. Die Spezialfinanzierungen verfügen über genug Eigenkapital,

Massnahmen sind 2020 keine nötig. Unter dem Vorbehalt der Antworten auf unsere Fragen in der Detailberatung stimmen wir dem Budget mit einem Steuerfuss von 115% zu. Nach längeren Diskussionen können wir auch den Budgetkrediten zustimmen. Die detaillierten Informationen waren für die Entscheidungsfindung hilfreich. Wir nehmen zur Kenntnis, dass Windisch weiterhin über 1 Mio. aus dem Finanzausgleich benötigt. Einige Gedanken zur Finanz- und Aufgabenplanung 2020 bis fast 2030. Aufgrund der detaillierten Informationen ist es möglich, die Rahmenbedingungen der Gemeinde nachzuvollziehen. Letztes Jahr wurde darauf hingewiesen, dass die hohen Investitionsausgaben nur mit verschiedenen Pfeilern zu meistern sind. Die Erhöhung des Selbstfinanzierungsgrades erfordert in den kommenden Budgets Sparmassnahmen. Eine allfällige Steuerfusserhöhung ist gut zu überlegen, allenfalls zu befristen und vor allem gut und offen zu kommunizieren. Der Finanzplan sieht Desinvestitionen vor, unter anderem der Kindergarten Dohlenzelg. Stimmen wir dem Antrag des Gemeinderates zu, das Kindergartenareal in der öffentlichen Zone zu belassen, wird das Grundstück wohl kaum verkauft werden können. Wir unterstützen die Haltung von Heidi Ammon, die notwendigen Investitionen jetzt zu tätigen, bevor ab 2022 der Schulhausneubau folgt. Kein positives Bild geben die Finanzpläne der Spezialfinanzierungen. Diese sind im Moment gut aufgestellt, die vorgesehenen Investitionen müssen strategisch gut geplant werden. Läuft es nach Plan, verschulden sich die Spezialfinanzierungen. Ist ein neuer Werkhof für EW und Bauamt von fast 6 Mio. wirklich notwendig? Die Situation der Spezialfinanzierungen gilt es im Auge zu behalten.

Wir danken dem Gemeinderat, dem Finanzverwalter und allen Abteilungen für das detaillierte, aussagekräftige Budget und für die Beantwortung unserer Fragen. Der FiGPK danken wir für die umfangreichen Abklärungen und den Bericht.

Luzia Capanni (SP): Auch wir danken der Verwaltung und dem Gemeinderat für das Budget. Besten Dank an die FiGPK für die grosse geleistete Arbeit. Für uns war die Arbeit bei diesem Budget und dem Budgetbericht mit der Nutzung von Axioma deutlich einfacher, besten Dank.

Dem Budget stehen wir etwas ratlos gegenüber. Allerdings nicht aus den gleichen Gründen wie von Heidi Ammon ausgeführt. In den Jahren 2014 bis 2018 wurden die Einnahmen, nicht nur die Steuereinnahmen, unterschätzt. Die Selbstfinanzierung betrug in diesen fünf Jahren 20.5 Mio. Budgetiert waren 7.2 Mio., somit 4 Mio. mehr pro Jahr als budgetiert. Dies führt im Frühling immer zu einer guten Stimmung im Rat, aber mit der Zeit leidet die Glaubwürdigkeit der Budgetierung. Die Budgets 2019 und

2020 sehen wiederum nur eine Selbstfinanzierung von 2 Mio. vor. Wie will der Gemeinderat mit dieser pessimistischen Budgetierung und dem pessimistischen Finanzplan in zwei Jahren einen Kredit von 25 Mio. für das Dohlenzelgschulhaus erfolgreich durch die Volksabstimmung bringen? Wir wünschen uns mehr Realismus bei der Budgetierung. Unsere Fraktion stimmt dem Budget 2020 zu.

Karin Hefti (FDP): Die FDP-Fraktion dankt der Verwaltung und dem Gemeinderat für das sehr aussagekräftige Budget und die detaillierten Zusatzinformationen via Axioma. Wir danken der FiGPK für die professionelle Berichterstattung. Kürzer heisst nicht schlechter, man konzentriert sich auf das Wesentliche, der Bericht ist sehr ausgewogen und sinnvoll. Diese Grundlagen erleichtern die Budgetdiskussion sehr. Wir beraten das Budget mit gleichbleibendem Steuerfuss. Es ist ausgewogen. Die generell konservative Budgetierung ist keine Windischer-Unart, sondern in der Gemeindef Landschaft üblich. Wir werden sehen wie das Jahr 2020 abschliesst. Wir beraten vermutlich das letzte einfache Budget, dies wird sich ändern, wenn die Investitionen für die Schule kommen. Es ist sinnvoll die Investitionen Schulküche und Tagesstrukturen vorzuziehen. Der operative Bereich wird entlastet. Nächstes Jahr müssen wir einen finanziell anspruchsvollen Grundsatzentscheid bei der Schulanlage Dohlenzelg fällen. Damit dieser Flieger starten kann, ist höchste Disziplin bei allen Beteiligten notwendig. Die Schulanlagen müssen sich auf das betrieblich notwendige beschränken, kein Luxus, um die Kosten so tief wie möglich zu halten. Die im Finanzplan geplanten Desinvestitionen sind umzusetzen. Die Parzelle Kindergarten Dohlenzelg wird heute noch diskutiert. Nur so lässt sich die im Finanzplan vorgesehene Steuerfusserhöhung gegenüber dem Stimmbürger vertreten. Die FDP-Fraktion stimmt dem Budget zu. In der Detailberatung werden wir noch einige Zusatzfragen stellen.

Philipp Ammon (SVP): Alle Jahre wieder dürfen wir das Budget studieren. Wir bedanken uns für die ausführlichen Unterlagen. Das Studium war, wenn man dies so sagen kann, ein Genuss. Im Gegensatz zum abwesenden Philipp Umbricht spreche ich lieber gegen Ende und kann auf die Voten eingehen.

Das Budget ist pessimistisch, im Frühling herrscht deshalb jeweils gute Stimmung. Die Zitrone darf nicht bereits beim Budget ausgepresst sein. Ein Jahr kann viel Unvorhergesehenes bringen. Positive und negative Ereignisse können das Resultat stark beeinflussen. In den letzten Jahren haben immer wieder unerwartete positive Ereignisse zu sehr guten Rechnungsabschlüssen geführt. Die Herausforderungen der Schulraumplanung wurden mehrmals erwähnt. Am Anfang meiner Zeit im Einwohnerrat wurden über

Budgets und Rechnungen ganz andere Diskussionen geführt. Gut möglich, dass dies in Zukunft wieder so sein wird. Allenfalls denken wir dann wehmütig an die heutige Debatte zurück. Nebst den 6.5 Mio. für das Bauamt hat es nebst der Schule auch andere Beträge, die ich bezweifle. Die Vorlage zu diesem Geschäft wurde zurückgezogen und ist aus gutem Grund verschwunden. Es gibt Zahlen, welche noch zu verifizieren sind. Wir stimmen dem Budget im Grossen und Ganzen zu. Wir danken für die geleistete Arbeit aller Beteiligten. Wir hoffen auf weitere solche Budgets und eine weiterhin gute Stimmung im Frühling.

Daniel Brassel (EVP): Ich kann schlecht sagen, dass wir uns der FiGPK anschliessen. Das Budget ist ausgewogen und wir stimmen diesem zu.

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Der Gemeinderat überprüft die Finanzpläne der Einwohnergemeinde und der Spezialfinanzierungen jährlich. Die Gebühren werden angehoben oder gesenkt, wie bei der Gemeinde der Steuerfuss. Der Steuerfuss wird nur für ein Jahr festgesetzt. Es ist kein Instrument, welches auf Jahre hinaus fixiert werden kann. Steuereinnahmen pessimistisch budgetieren – Gegenfrage: Sozialausgaben pessimistisch budgetieren? Die Steuereinnahmen und die Kosten im Sozialbereich sind am schwierigsten auf den Punkt zu treffen. Das Wachstum hat uns etwas Gewissheit gegeben. Die Steuereinnahmen der natürlichen Personen haben wir die letzten zwei Jahre, dank dem sorgfältigen Aufarbeiten und dem Sammeln von Fakten durch die Finanzverwaltung, ziemlich genau getroffen. Sehr viele Gemeinden budgetieren beispielsweise die Erbschaftssteuern nicht. Trotz fehlender Informationen budgetieren wir einen Durchschnitt, dasselbe gilt für die Steuern der juristischen Personen. Wie sollen wir wissen, ob ein Unternehmer eine Liegenschaft seiner Firma umorganisiert? Die Ergebnisse der letzten Jahre sind vor allem auf Einmaleffekte zurückzuführen, die Budgetierung war präzise.

Beratung Budgetbericht

2190.3132.00

Toni Burger (CVP): Wird der externe Berater für die Schulpflege noch das ganze Jahr benötigt?

3291.3634.00

Karin Hefti (FDP): Die Defizitbeiträge an den Campussaal werden Windisch und Brugg

noch länger beschäftigen. Existiert in Windisch eine Eigentümerstrategie bezüglich der Campussaal-Beteiligung und kann diese dem Einwohnerrat zugänglich gemacht werden?

4210.3130.10

Toni Burger (CVP): Bruno Graf hat letztes Jahr auf meine Frage informiert, dass die Spitex 2019 ein Schwerpunktthema sei. Es ging um die Beteiligung an der Spitex AG oder ob andere Lösungen gesucht werden. Was ist 2019 passiert, gibt es Informationen für den Einwohnerrat?

5791.3030.00

Luzia Capanni (SP): Ich beantrage, das Pensum der Integrationsbeauftragten um 15% zu erhöhen. Die „Löhne Integration“ sind um CHF 15'000.00 auf CHF 36'250.00 zu erhöhen. Im Januar werden wir zusätzlich eine Motion einreichen mit dem Auftrag, die Stellenprozentage der Integration Windisch zu erhöhen. Weshalb dieser Antrag? Der Einwohnerrat hat Ende 2017 das Nachfolgeangebot des Treffpunkts Integration gutgeheissen. Integration Windisch wurde eine breite Palette von Aufgaben übertragen. Seit Januar 2018 steht für die Integrationsarbeit ein Pensum von 25% zur Verfügung. Die knappen Ressourcen erfordern, dass der Fokus der Integrationsarbeit insbesondere auf Familien, Frauen und Kinder beschränkt wird. Die aktuellen Aufgaben werden mit dem Pensum von 25% erledigt. Es ist mir ein grosses Anliegen, dass Windisch einen aktiven Beitrag zur Integration von ausländischen Bewohnerinnen und Bewohnern leistet, wie es im Integrationskonzept vorgesehen ist. Die vergangenen Jahre mit dem Treffpunkt Integration haben gezeigt, dass ein entsprechendes Angebot nicht nur die Sprache und Bildung fördert, sondern auch die Kohäsion, das „WIR-Gefühl“ in der Gemeinde erhöht. Integration Windisch kann mit den vorhandenen Ressourcen den vom Einwohnerrat gefassten Beschluss nicht umsetzen. Trotz Bedarf können weitere Projekte und eine Ausweitung nicht in Angriff genommen werden. So beteiligt sich der Kanton beispielsweise finanziell an Integrationsarbeiten, wenn sie über die Gemeindegrenzen hinaus koordiniert und organisiert werden. Dies ist wichtig und soll durch die Integration Windisch vorangetrieben werden, es fehlen jedoch die notwendigen Zeitressourcen. Ich bitte dem Antrag zu folgen und mit Weitsicht und Weisheit diese bescheidenen CHF 15'000.00 zu sprechen. Mit diesem Geld können wir zukünftige auf uns zukommende Kosten verhindern.

Bruno Graf, Gemeinderat (SP): Die Begleitung der Schulpflege durch einen externen

Berater ist auch nächstes Jahr notwendig und wichtig. Der Gemeinderat hat einer maximalen Verlängerung der Begleitung bis Frühling 2020 zugestimmt.

Der Gemeinderat erarbeitet zusammen mit anderen Gemeinden eine Eigentümerstrategie für die Spitex. Die Eigentümer der Spitex gestalten diese Strategie aktiv mit. Bedingt durch die Vertragsverhandlungen arbeitet Heidi Ammon mit. Sind diese abgeschlossen, werden wir wieder informieren.

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Die Erarbeitung von Eigentümerstrategien für die Aktiengesellschaften war eine der Zielsetzungen für 2019. Beim ersten Beispiel Spitex musste ich feststellen, dass nur wenige Gemeinden wissen, was eine Eigentümerstrategie bedeutet. Bis jetzt habe ich nur Aufklärungsarbeit geleistet. Bis im Frühling wird die Eigentümerstrategie der Spitex erarbeitet sein. Anschliessend folgen die Strategien für die Sanavita AG und den Campussaal. Bestehende Leistungsvereinbarungen müssen in eine Eigentümerstrategie überführt werden können, damit wir die Ausrichtung der Aktiengesellschaften beeinflussen können. Ein Verwaltungsratsmandat ist nicht an ein Exekutivamt gebunden, sondern sollte darauf ausgerichtet sein, einen Teilbereich im Verwaltungsrat abzudecken. Zur Verfolgung dieses Ziels benötigen wir die Eigentümerstrategie. Die Situation ist nicht befriedigend und wir hoffen, in einem Jahr Positives berichten zu können.

7900.3132.00

Mirjam Aebischer (SP): Mit dem Stadtraum Bahnhof Brugg/Windisch wird ein sehr interessantes Projekt vorbereitet. Dieses Gebiet ist ein zukünftiges grosses Entwicklungsgebiet von Windisch. Sollten die Kabelwerke ihr Areal einmal umnutzen ist dieses Thema von grossem Interesse für uns. Hoffentlich treffen die Ausführungen von Heidi Ammon ein und die Kommunikation und Partizipation wird mit uns via Axioma aktiv und ernsthaft gesucht. Wir sind irritiert. Es ist sehr störend, dass ein Verkehrskonzept erarbeitet wird, welches Lösungen zur Integration der OASE ins heutige System aufzeigen soll, bevor die Meinung der Bevölkerung abgeholt wurde. Heisst Partizipation, dass man nur informiert? Partizipation ist ein Zwei-Weg-System. Seit kurzem läuft das Mitwirkungsverfahren. Der Grosse Rat wird sich nächstes Jahr mit der Richtplananpassung für das 1.8 Mia.-Projekt befassen.

- 1: Leisten wir nicht vorseilenden Gehorsam? Was wird bezüglich der OASE gemacht?
- 2: Wird bei der weiteren Planung des Areals/Gebietes darauf geachtet, dass die beigezogenen Experten nicht in einem Interessenkonflikt stehen, weil sie auch für die betroffenen Grundeigentümer Aufträge bearbeiten?

3: Sind die Fussgängerverbindungen Brugg/Windisch Teil der Überlegungen?

4: Wer sind die Projektpartner? Heidi Ammon hat viele Partner und Grundeigentümer sowie den Kanton aufgezählt. Da frage ich mich, wo der Quartierverein bleibt. Die Vertreterinnen und Vertreter der Bewohner gehören ebenfalls dazu.

9630.4443.00

Karin Hefti (FDP): In der Jahresrechnung 2018 war der Buchgewinn Kompostierplatz von CHF 592'700.00 noch nicht enthalten. Der Einwohnerrat hat dem Verkauf 2017 zugestimmt. Wie ist der Verkaufsstand? Falls der Verkauf noch nicht abgeschlossen ist, sind der Verkaufspreis bzw. die Verkaufsbedingungen realistisch?

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Wir haben eine Käuferschaft gefunden und die Anzahlung ist eingegangen. Aktuell werden die Verträge bereinigt. Die Käuferschaft stammt aus dem Kreis unseres Gewerbes. Wir können die Weiterführung eines Betriebes in Windisch gewährleisten.

Ich habe über das Thema OASE informiert. Die verschiedenen Partner sind in der Projektleitung gleichwertig: Die Stadt Brugg, die Gemeinde Windisch, Brugg Kabel, den Kanton mit unterschiedlichen Departementen und die SBB mit zwei beteiligten Departementen. Die anstehenden Projekte sollen koordiniert und aufeinander abgestimmt werden. Man will Bauten verhindern, bei denen man später feststellt, dass sie nicht stimmig sind. Es geht um eine Koordinationsaufgabe. In der Projektphase wird jedes einzelne Projekt, welches Windisch betrifft, einzeln vorgestellt und darüber entschieden. Ich weiss, dass das Thema OASE ist nicht beliebt, aber wir müssen Lösungen suchen. Wer am nächsten Montag den Infoanlass des Kantons besucht wird merken, dass es nicht nur um den motorisierten Individualverkehr geht. Der Kanton sieht vor, den Langsamverkehr und die Velowege vorgezogen zu bereinigen. Vor allem bei den Velowegen ist die Koordination sehr wichtig, auch der Zugang zum Bahnhof ist ein Thema. Welchen Weg nimmt der Fussgänger, wo fährt der Velofahrer, wo muss der Velofahrer stoppen usw. In diesem Projekt geht es nicht in erster Linie um den motorisierten Individualverkehr. Wir müssen koordiniert vorgehen, damit das OASE-Projekt später keine grossen Anpassungen notwendig macht und wir vorgezogen investieren können. Die erste Besprechung mit allen Grundeigentümern war sehr konstruktiv. Ich hoffe, dass wir auf diesem Niveau und dieser Basis diskutieren können. Brugg Kabel kommuniziert innerhalb der Projektorganisation sehr offen und in den nächsten 1-2 Jahren wird Klarheit bestehen, welche Strategie das Unternehmen in Zukunft verfolgt. Die Anpassung zum Erschliessungsplan der Vision Mitte ist wichtig und ebenfalls Teil der Arbeit. Ein

weiterer Teil betrifft das Baufeld A. Der Kanton sucht einen möglichen Standort für eine Mittelschule. Das Baufeld A ist von unserer Seite, in Koordination mit den Grossräten, als Perimeter diskutiert worden. Wir finden eine Ansiedlung der Kantonsschule aus Gründen der Synergien und der Kosten auf Baufeld A sehr geschickt. Dieses ist an den ÖV angebunden, es weist eine grosse Fläche aus und gewisse Sachen können bei der Fachhochschule genutzt werden. Daher ist sehr wichtig, dass man in diesem Gebiet koordiniert, diskutiert und gute Wege sucht. Dem Gemeinderat ist es sehr wichtig, dass wir als Gemeinde gegenüber den Partnern klar Stellung beziehen. Eine teilweise Mitarbeit des Quartiers wird sicher möglich sein. Die Prozesse Tower und Bachmattstrasse konnten wir mit den Kabelwerken sehr gut regeln und diese haben sehr gut kommuniziert. Das ist die Basis und ich spüre keinerlei Widerstände bei den Grundeigentümern. Auch die SBB ist bereit, offen zu kommunizieren. Bevor kommuniziert werden kann, muss eine Einigung erzielt werden.

Toni Burger (CVP): Uns interessiert die Meinung des Gemeinderates zum Antrag von Luzia Capanni.

Bruno Graf, Gemeinderat (SP): Wir haben die beantragte Erhöhung mit der zuständigen Abteilungsleitung bei der Beratung des Budgets diskutiert. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass die bestehenden Aufgaben auch 2020 mit einem Pensum von 25% erledigt werden können. Der Einwohnerrat hat uns beauftragt, mit diesen 25% Integrationsarbeit zu leisten. Will die Kommission zusätzliche Aufgaben anpacken, muss der Gemeinderat entscheiden, ob dies mit diesen 25% möglich ist.

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Luzia Capanni wird eine Motion einreichen. Wird sie überwiesen, wird sie der Gemeinderat bearbeiten. Zeigt sich, dass eine Erhöhung des Pensums notwendig ist, wird der Gemeinderat bei der Beantwortung entsprechend Stellung beziehen. Eine vorgängige Stellenerhöhung ist sehr ungewöhnlich.

Fabian Schütz (SVP): Die Stelle wurde 2017 mit meiner Gegenstimme beschlossen. Bereits damals habe ich befürchtet, was nun passiert, das Pensum soll bereits erhöht werden. Das „Wir-Gefühl“ kann weder vom Staat noch vom Einwohnerrat beschlossen werden. Integration kann man nicht befehlen. Ein „Wir-Gefühl“ entsteht im öffentlichen Raum, in den Vereinen, wie zum Beispiel beim FC Windisch, dort findet Integration statt. Gleichzeitig soll die Einnahmenseite beschönigt werden, um das Schulhaus

durchzubringen. Beginnen müssen wir bei der Ausgabenseite, dort haben wir einen Ansatz. Das Schulhaus hat Priorität, alles andere was wünschbar und gut ist, muss warten. Ich bitte diesen Antrag abzulehnen.

Offene Abstimmung

Antrag Luzia Capanni (SP), 5791.3010.00 - Löhne Integration

Der Einwohnerrat stimmt dem Antrag mit 23 Ja- gegen 15 Nein-Stimmen zu.

Stefan Wagner, Gemeindeschreiber II: Dieser Antrag ist aus rechtlicher Sicht nicht in Ordnung. Man kann nicht eine Pensumserhöhung vornehmen, ohne einen konkreten Auftrag zu erteilen, was damit gemacht werden soll. Wir haben Luzia Capanni im Vorfeld der Sitzung empfohlen eine Motion mit einem konkreten Auftrag einzureichen. Der Gemeinderat hat zu prüfen, wie diese Motion umgesetzt werden soll. Je nach Ausgangslage muss der Gemeinderat die Pensenerhöhung dem Einwohnerrat beantragen. Pensenerhöhungen liegen in der Kompetenz des Gemeinderates. Der Betrag enthält zudem keine Sozialleistungen, diese müssten noch aufgerechnet werden.

Dave Roth, Einwohnerratspräsident (SP): Unsere Abklärungen bei Martin Süess bei der Gemeindeabteilung des Kantons haben ergeben, dass der Antrag so möglich ist. Er muss deshalb so entgegen genommen werden.

Michael Schleuniger, Leiter Finanzen: Der Gewinn reduziert sich um CHF 15'000.00 auf CHF 130'600.00.

Der Einwohnerrat fasst mit 37 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Das Budget 2020 wird mit einem Steuerfuss von 115% genehmigt.

Dave Roth, Einwohnerratspräsident (SP): Auch von meiner Seite ganz herzlichen Dank für die intensiven Vorarbeiten, das sehr verständliche Budget und die rasche Beantwortung der Fragen.

Philipp Ammon (SVP): Es ist seltsam über ein Budget zu diskutieren und alles ist gut. Einmal haben wir die Heizkosten diskutiert, dies geht in die gleiche Richtung. Wir können diese auf Null setzen. Entweder wir stellen die Heizungen ab oder sie fallen so oder so an. Die SP hat vorher von Budgetbeschönigung gesprochen. Wir können die Positionen verändern bis wir auf Null oder Minus sind, dies ist aber nicht seriös budgetiert. Mit ihrem Vorgehen widerspricht die SP ihren eigenen Aussagen. Es ist kein sauberes Budget mehr.

5 Ersatzwahl Finanz- und Geschäftsprüfungskommission

Bruno Kaufmann (FDP): Im Namen der FDP-Fraktion danke ich Matthias Knecht herzlich für die geleistete Arbeit in der FiGPK. Ich freue mich James Bruderer vorzustellen. Er hat in Windisch die Primarschule besucht und ist ein Heimkehrer. Er ist Inhaber und Leiter der Facharztpraxis im Medizinischen Zentrum Wasserschloss Brugg. Ich freue mich, dass wir ihn zur Wahl vorschlagen dürfen. Er ist mit Sicherheit qualifiziert, ich empfehle James Bruderer zur Wahl.

Ergebnis der geheimen Abstimmung

Ausgeteilte Stimmzettel	37
Eingelegte Stimmzettel	37
Leere Stimmzettel	2
In Betracht fallende Stimmzettel	35

Absolutes Mehr 20

Stimmen hat erhalten:

James Bruderer 35

Gewählt ist als Mitglied der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission

James Bruderer

James Bruderer bedankt sich und erklärt Annahme der Wahl.

6 Ersatzwahl Wahlbüro

Fabian Schütz (SVP): Ich stelle Novica Vidic, welcher als Gast anwesend ist, kurz vor. Er ist 32 Jahre alt und wohnt seit rund zwei Jahren in Windisch. Er arbeitet als Controller beim Kantonsspital in Baden und bringt optimale Voraussetzungen für dieses Amt mit.

Ergebnis der geheimen Abstimmung

Ausgeteilte Stimmzettel	38
Eingelegte Stimmzettel	38
Leere Stimmzettel	2
In Betracht fallende Stimmzettel	36

Absolutes Mehr 20

Stimmen hat erhalten:

Novica Vidic 36

Gewählt ist als Mitglied des Wahlbüros

Novica Vidic

Novica Vidic erklärt Annahme der Wahl.

7 Verpflichtungskredit Schulanlage Chapf; Umnutzung Kommandoposten I in Schutzräume

Max Gasser, Gemeinderat (FDP): Dieser Kredit ist dringlich, weil wir die Subventionen von Bund und Kanton geltend machen wollen. Wir kommen praktisch zum Nulltarif zu neuen Schutzplätzen, die wir dringend benötigen. Wir haben nach wie vor zu wenige private Schutzplätze, zudem müssen wir allenfalls beim Neubau des Schulhauses weniger Schutzplätze realisieren.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 38 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt den Verpflichtungskredit von brutto CHF 231'000.00 inkl. MWST für die Umnutzung des Kommandopostens I in Schutzräume auf der Schulanlage Chapf.

8 Verpflichtungskredit Schulanlage Chapf; Einbau Unterrichtseinheiten Wirtschaft, Arbeit, Haushalt

Max Gasser, Gemeinderat (FDP): Die Abteilung Planung + Bau hat die umfangreichen Fragen zu diesem Geschäft ausführlich beantwortet. Ich informiere unter dem Titel „Gemeinsam unterwegs auf dem Weg zu einem neuen Schulhaus mit Zwischenstopp.“ Beim ersten Zwischenstopp hat der Einwohnerrat den Verpflichtungskredit für die direkte Vergabe der Schulhausprojektierung im Herbst 2017 zurückgewiesen. Der Gemeinderat hat sein Vorgehen überprüft. Im März 2018 hat der Einwohnerrat den Verpflichtungskredit „Neubau Dohlenzelg, wie weiter“ bewilligt und folgende Aufträge erteilt: Für das weitere Vorgehen Varianten aufzuzeigen und die offenen Punkte bezüglich Aussenraum, Bedarf Schule und Vereine, Bibliothek zu klären. Ebenso sind der definitive Standort und die Erschliessung, die Umnutzung Lehrschwimmbecken, der Ersatz der Schulküche und die Anpassungen Lehrplan 21 zu überprüfen.

Den Auftrag für die Aufarbeitung der offenen Punkte hat das Siegerteam der städtebaulichen Entwicklungsstudie erhalten. Mit einer Machbarkeitsstudie sind verschiedene Varianten überprüft und aufgezeigt worden.

Der nächste Zwischenstopp folgt im Oktober 2018: Eine deutliche Mehrheit des Einwohnerrates hat dem Verpflichtungskredit für die weitere Bearbeitung des Neubaus

Dohlenzelg mit dem Planerwahlverfahren zugestimmt. Über den aktuellen Stand informiere ich unter Traktandum 15.

Fazit: Wir nehmen uns mehr Zeit, um das geeignetste Gesamtplanerteam mit dem besten Projekt für den Neubau Schulhaus Dohlenzelg zu eruieren. Mit einem Parallelprojekt machen wir vorgezogen strukturelle Bereinigungen. Diese erfolgen nachhaltig und kostenbewusst, dort wo es dringend notwendig ist. Das neue Fach WAH erfordert eine Anpassung der Schulküche, welche ohnehin einen neuen Standort braucht. Es ist sinnvoll und nachhaltiger, diese am finalen Standort im Chapfschulhaus gemäss Vorgaben Lehrplatz 21 zu platzieren. Drei Primarschuklassen, zwei vom Rütene-, eine vom Dohlenzelgschulhaus, sind provisorisch im Chapfschulhaus untergebracht. Ab Sommer 2020 hat die Oberstufe eine zusätzliche Klasse, ein Klassenzimmer ist jedoch nicht vorhanden. Der Ausbau und die Umnutzung im Dohlenzelgschulhaus sind somit nachhaltig. Eine Primarschulklasse wechselt vom Chapf ins Dohlenzelg und wird dort bleiben, bis das neue Schulhaus gebaut ist.

Unsere Gemeinde wächst schneller als angenommen. Wachstum bringt mehr Steuereinnahmen, löst aber auch Infrastrukturkosten aus. Aktuell besteht Druck im Kindergarten, der Primar- und Oberstufenschule und vor allem bei den Tagesstrukturen. Der nächste Zwischenstopp im Januar 2020 wird der Verpflichtungskredit „Umnutzung Lehrschwimmbecken im Bezirksschulhaus für Tagesstrukturen“ sein. Ich will nicht drohen, aber wir müssen reagieren, sonst diskutieren wir bald über Provisorien. Diese sind alles andere als nachhaltig. Ich lade den Rat ein, dem Gemeinderat Vertrauen zu schenken. Gehen wir gemeinsam, nachhaltig Schritt für Schritt kostenbewusst vorwärts, auch wenn es ab und zu einen Stopp braucht.

Fredy Bolt, Sprecher FiGPK (SP): Die FiGPK unterstützt beide Anträge. Die knapp CHF 100'000.00 für die Umnutzung im Dohlenzelg kann man differenziert betrachten, wird diese doch in 5 bis 6 Jahren bereits wieder hinfällig. Es gibt drei Gründe der Umnutzung zuzustimmen: 1. Es sind immerhin 5 bis 6 Jahre, den genauen Zeitpunkt kennen wir nicht. 2. Der Mangel an Raum im Dohlenzelg ist bekannt. 3. Die Einführung des Lehrplans 21 ist eine Herausforderung für die Schule. Es müssen Möglichkeiten zur Variation vorhanden sein. Es ist eine gute Investition für die Qualität der Schule Dohlenzelg, auch wenn sie später wieder vernichtet wird.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Karin Hefti (FDP): Ein grosser Dank an die FiGPK für die ergänzenden Informationen. Die Botschaft hat einige Fragen generiert, die Beantwortung über Axioma war sehr hilfreich. Die FDP-Fraktion unterstützt beide Anträge. Den Einbau der Unterrichtseinheit Wirtschaft, Arbeit, Haushalt im Chapfschulhaus beurteilen wir als beste Variante. Das zusätzliche Klassenzimmer im Primarschulhaus ist zur Minderung der Raumnot vertretbar.

Eine Korrektur zur Botschaft, Ziffer 4.3: Die bestehende Schulküche im Bezirksschulhaus wird bis 2022 weiterhin benötigt, vorerst nicht ausgebaut und auch nicht mittels Budget 2020 mit CHF 76'830.00 ausserordentlich abgeschrieben. Diese Schulküche wurde im Rahmen der Sanierung Bezirksschulhaus neu gebaut. Sie enthält nur 3 statt 4 Kochinseln, ist aber bei den Schülern beliebt. Die Schulküche im Bezirksschulhaus ist zur Erhöhung der Stundenplanoptimierung ab 2023 weiter zu betreiben. Kochen über Mittag kann wesentlich beliebter sein als am Nachmittag.

Fabian Schütz (SVP): Wir stimmen beiden Anträgen ebenfalls zu. Es ist sinnvoll, vor dem Neubau Schulhaus Dohlenzelg mögliche Vorarbeiten zu leisten und Kosten zu sparen. Das Projekt ist sehr gut durchdacht und wir loben ausdrücklich die Verwaltung und den Gemeinderat für die Ausarbeitung. Ich habe den Handlungszwang vor allem auf den Lehrplan 21 zurückgeführt. Die Rückfragen zeigen, dass wir ein zusätzliches Schulzimmer für die Primarklasse brauchen, welche im Chapf keinen Platz mehr hat. Mit dem vorhandenen Projekt wurde die beste Lösung gefunden. Trotzdem wünsche ich mir, solche Informationen in der Botschaft zu lesen.

Renate Schraner (CVP): Die CVP-Fraktion hat diesen Verpflichtungskredit kontrovers diskutiert. Brennpunkt der Diskussion waren die Investition in die alten Räume und der Zeitpunkt der Umsetzung des Gesamtprojektes. Trotzdem stimmen wir dem Kredit zu. Folgende Argumente haben uns überzeugt: Der Planungsaufwand ist im kommenden Jahr gut zu bewältigen. Ein späterer Zeitpunkt könnte die Abläufe verkomplizieren, Engpässe bei den Planungskapazitäten könnten entstehen. Der Investitionsaufwand fällt ohnehin einmal an und wird in Zukunft nicht billiger werden.

Der Baukredit enthält hohe Honoraranteile und Reserven. Wir erwarten, dass der Neubau der Küche und die Sanierung der Räume einiges günstiger ausfallen als veranschlagt.

Paul Bitschnau (SP): Die SP stimmt beiden Anträgen zu. Die Argumentation des Gemeinderates und der FiGPK haben überzeugt. Wir haben den zweiten Antrag kontrovers diskutiert. Die Logik ist, dass bei Annahme des ersten Antrages auch dem zweiten zugestimmt werden sollte. Die Primarschule erhält den nötigen Schulraum. Nur zwei Küchen sind knapp, diese werden voll ausgelastet sein.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 37 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt den Verpflichtungskredit von brutto CHF 751'000 inkl. MwSt. für den Einbau einer zweiten Kochschuleinheit ins Schulhaus Chapf.

Der Einwohnerrat fasst mit 37 Ja-Stimmen gegen 1-Neinstimme wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt den Verpflichtungskredit von brutto CHF 97'900 inkl. MwSt. für die Instandsetzung der Räume der wegfallenden Schulküche im Dohlenzelg-schulhaus zur Nutzung als Schulräume für die Unter- und Mittelstufe.

9 Gesamtrevision Nutzungsplanung; Behandlung der Rückweisungen

Rosi Magon, Vizepräsidentin (SP): Vor einem Jahr wurde die Revision der Nutzungsplanung mit drei Rückweisungen genehmigt. Der Gemeinderat hat die Rückweisungsanträge gestützt auf das kantonale Baugesetz geprüft und ist zu folgenden Schlüssen gekommen:

Dem Antrag auf Beibehaltung der Zonierung des Kindergartens Dohlenzelg in der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen wird stattgegeben. § 18, Absatz 2 wird so umformuliert, dass er bezüglich Regulierung von Neubauten, Erweiterungen oder Besitzstand von Ein- und Zweifamilienhäusern in der Zone W3 und W4 verständlicher ist. Die dritte Rückweisung betrifft die Hochhäuser und erfordert umfassendere Abklärungen, ein Antrag wird nächstes Jahr folgen. Der Gemeinderat beantragt die beiden Anträge zu den Rückweisungsänderungen vom 07. November 2018 zu genehmigen.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Elsbeth Hofmänner (CVP): Die Revision der Nutzungsplanung, mein Lieblingsthema, geht langsam dem Ende entgegen. Der Besitzstand lässt sehr viel zu. Es besteht kein Grund sich zu fürchten, wenn man ein Einfamilienhaus in dieser Zone hat. Er lässt eine volumenmässige Erweiterung, auf die Fläche gerechnet, zu. Die Formulierung des Paragraphen ist sehr liberal und gut verständlich. Ich bitte um Zustimmung mit dem Vermerk, dass in einer W3 und W4 eigentlich verdichtet gebaut werden müsste. Es ist nicht das Ziel, dass jemand die Parzelle erwirbt und möglichst bescheiden mit Wohnraum füllt. Die Verdichtung ist im Raumplanungsgesetz ein markanter Ansatz. An unserer Meinung, den Kindergarten Dohlenzelg in der ÖB-Zone zu belassen, hat sich nichts geändert.

Mirjam Aebischer (SP): Die SP-Fraktion begrüsst die Anträge. Elsbeth Hofmänner hat es erwähnt, § 18 Absatz 2 ist offen aber klarer formuliert. Bei der Umzonung Kindergarten Dohlenzelg freuen wir uns über die Begründung des Gemeinderates: „Durch das Nichterwerben des Siedlungsgebietes gewinnen insbesondere Freiräume an zentralen Lagen an Bedeutung in denen Begegnungen und Aktivitäten für die Quartierbevölkerung möglich sind.“ Dies stimmt sicher für die Quartiere rund um das Dohlenzelgschulhaus. Inhaltlich stimmt es auch für alle anderen Quartiere, Unterdorf, Mitteldorf und Klosterzelg-Rütenen. Dieses gehört zu den grossen neuen Entwicklungsgebieten. Hat sich der Gemeinderat zu dieser Frage bereits Gedanken gemacht? Unsere Fraktion stimmt den Anträgen zu.

Martin Gautschi (FDP): Die FDP-Fraktion hat die Anträge ebenfalls diskutiert. Wir stimmen der praxisnahen und guten Formulierung bei Antrag 1 zu. Beim Antrag 2 sehen wir die Sachlage anders, diese haben wir bereits letztes Jahr so vertreten. Der Kindergarten soll in das neue Schulhaus integriert werden. Er wird somit nicht mehr benötigt und muss in der Folge saniert werden. Leere Grundstücke sind grundsätzlich nicht im Sinn des neuen Raumplanungsgesetzes. Die Umzonung muss wie vorgesehen durchgeführt werden. Es gibt einen Sanierungsplan für den alten nicht mehr benötigten Kindergarten, dies führt zu Kosten. Aufgrund des Einfamilienhauses ist das Land wenig zusammenhängend. Wäre es komplett zusammenhängend wäre dies etwas anderes, aber

so macht es keinen Sinn. Gemäss Finanzplan dienen die Desinvestitionen der Finanzierung des Schulhauses. Wie wichtig dies für die Zukunft ist, haben wir vorher gehört. Baut ein Investor schöne Wohnungen für Familien in der Nähe der Schule ergibt sich daraus wieder ein Steuersubstrat. Die FDP lehnt Antrag 2 geschlossen ab.

Rosi Magon, Vizepräsidentin (SP): Zur Frage der SP-Fraktion: Mit der Rückweisung bzw. den abgelehnten Anträgen der Umzonungen wurden die planerischen Voraussetzungen geschaffen. Die Grundstücke sind im Besitz der Gemeinde und der Besitzstand ist ebenfalls gewährleistet. Die Genehmigung der Nutzungsplanung durch den Regierungsrat wird bis Ende Jahr erwartet. Der Gemeinderat hat sich bezüglich dieser Gebiete noch keine Gedanken gemacht. Dies wird nötig, wenn Umnutzungen oder Planungen anstehen. Die erste Planung wird das Kirchenfeld betreffen. Die Überbauungspflicht in zehn Jahren lässt dies in nächster Zeit aktuell werden.

Die Umzonung Kindergarten Dohlenzelg wurde zurückgewiesen. Der Gemeinderat hat die Sachlage geprüft. In der Diskussion kam zum Ausdruck, sich in Zusammenhang mit der Schulraumplanung alle Optionen offen zu halten. Deshalb wurde die Umzonung mehrheitlich zurückgewiesen. Alle anderen Zonen für öffentliche Anlagen wurden genehmigt. Wird der Antrag abgelehnt, gilt der Zustand der aktuellen BNO, Zone für öffentliche Bauten und Anlagen. Der Gemeinderat hat auftragsgemäss die Interessenabwägung vorgenommen.

Martin Gautschi (FDP): Was wäre der nächste Schritt, sollte der Gemeinderat das Land umzonen?

Rosi Magon, Vizepräsidentin (SP): Es ist eine Teilrevision der BNO erforderlich. Dies ist möglich und wurde letztes Jahr diskutiert. Damals wurde für das Gebiet eine Teilrevision geprüft, sollte dieses nicht länger Teil der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen sein. Der Gemeinderat und die Mehrheit des Einwohnerrates haben damals festgehalten, dass kleinere Teilrevisionen keinen Sinn machen und dies mit der Gesamtrevision zu lösen ist. Grundsätzlich sind Teilrevisionen jederzeit möglich. Wird das Gebiet Dohlenzelg nicht mehr für öffentliche Nutzungen gebraucht, kann ein entsprechender Antrag auf Teilrevision der Nutzungsplanung durch den Gemeinderat oder den Einwohnerrat gestellt werden.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 38 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

§ 18, Abs. 2 BNO

Der Einwohnerrat beschliesst die BNO um den § 18, Abs. 2 wie folgt zu ergänzen:

Die Zonen W3 und W4 sind für Mehrfamilienhäuser bestimmt. Zusammengebaute Einfamilienhäuser oder andere Bauten sind zulässig, sofern gesamthaft mindestens drei Wohneinheiten geschaffen werden. Bei bestehenden Ein- oder Zweifamilienhäusern ist eine Erweiterung über den Besitzstand hinaus zulässig, wenn dadurch eine zusätzliche Wohneinheit geschaffen wird.

Der Einwohnerrat fasst mit 27 Ja- gegen 7-Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Umzonung Kindergarten Dohlenzelg

Der Einwohnerrat beschliesst auf die Umzonung des Kindergartenareals Dohlenzelg, Parzelle 2552 zu verzichten und diese Parzelle in der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen zu belassen.

10 Einwohnerrat; Überarbeitung Geschäftsreglement

Dave Roth, Einwohnerratspräsident (SP): Dieses kleine Geschäft erachtet das Büro als sinnvoll. Das Geschäftsreglement enthält die Ausführungsbestimmungen zur Gemeindeordnung. Ab dem Thema „Ratsbetrieb“ ist die Übereinstimmung nicht mehr vollumfänglich gegeben. Zum Beispiel der Stichentscheid von Pascal Schlegel. Gemäss Auskunft der Gemeindeabteilung ist das Reglement widersprüchlich. Einmal spricht es vom Vorsitzenden, einmal vom Präsidenten. Es gibt weitere kleine Punkte mit Widersprüchen. Die Rückweisungsanträge führen immer wieder zu Diskussionen. Ein Rückweisungsantrag ist ein Ordnungsantrag, darüber muss sofort abgestimmt werden. Dies ist den Antragstellern oftmals nicht bewusst. Es ist schwierig einzuhalten, weil sich jeder

noch zum Geschäft äussern will. Dies ist verständlich und macht Sinn. Wer die Diskussion nicht führen oder abbrechen will, hat andere Möglichkeiten. Man kann nicht eintreten oder einen Ordnungsantrag auf Diskussionsabbruch stellen. Wie das neue Reglement aussieht, wird sich zeigen. Es soll demokratisch unter Einbezug aller Fraktionen überarbeitet werden. Es muss niemand Angst haben, dass etwas unterschlagen wird. Eine Arbeitsgruppe schlagen wir vor, weil im Einwohnerratsbüro nicht alle Fraktionen vertreten sind. Der Zeitpunkt ist günstig. Die neu gewählten Mitglieder sind seit zwei Jahren im Rat und haben die eine oder andere Situation miterlebt.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Bruno Kaufmann (FDP): Es gibt eine gewisse Unschärfe bei diesen Punkten. Eine Rückweisung muss rein ordnungstechnisch begründet werden. Mit der Begründung geht man oft auf den Inhalt ein und dann wird es schwierig, wenn niemand Stellung beziehen kann. Ich finde es wichtig, dass zwischen einer Rückweisung und einer Ablehnung unterschieden wird. Die FDP unterstützt die Überarbeitung.

Toni Burger (CVP): Wir unterstützen die Überarbeitung ebenfalls. Das bisherige Reglement ist seit 14 Jahren in Kraft. Die Rückweisungen haben immer wieder zu Diskussionen geführt. Wir haben Juristen im Rat, welche für eine bessere Formulierung plädieren und eventuell mithelfen können.

Ulrich Widmer (SP): Eine Überprüfung und Anpassung des Reglementes nach 15 Jahren ist sinnvoll. Gewisse Mängel, die in der Vergangenheit festgestellt wurden, können ausgemerzt und das Reglement auf einen zeitgemässen Stand gebracht werden. Nicht glücklich sind wir über die Formulierung des Antrages. Der erste Antrag heisst: „Der Einwohnerrat stimmt einer Revision des Geschäftsreglements zu“. Revision ist ein rechtstechnischer Ausdruck. Wir stimmen nicht einer Revision zu, welche einen bestimmten Inhalt hat, sondern wir geben einer Arbeitsgruppe den Auftrag, das Reglement zu prüfen und Vorschläge zu unterbreiten, wo es revidiert werden müsste. Unsere Fraktion ist deshalb über den Ausdruck „Revision“ nicht glücklich. Es ist jedoch wie bei vielen Vereinen, Abstimmen kann man über alles. Voraussetzung ist, dass man sich über den Inhalt einig ist und keine Beschwerden kommen.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 38 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat stimmt einer Überarbeitung des Geschäftsreglements zu.

Der Einwohnerrat fasst mit 38 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Für diese Aufgabe wird eine einwohnerrätliche Arbeitsgruppe eingesetzt, welcher nebst dem Präsidenten je eine Vertretung aus den Fraktionen angehört.

11 Wahl Einwohnerratspräsident für die Präsidentialperiode 2020 / 2021

Dave Roth, Einwohnerratspräsident (SP): Die interfraktionelle Konferenz hat unter der Leitung von Toni Burger getagt und schlägt vor, dass die SVP den Präsidenten, die FDP den Vizepräsidenten und die EVP und CVP die Stimmzähler stellen. Die SVP-Fraktion schlägt den Vizepräsidenten, Pascal Schlegel, zur Wahl vor.

Philipp Ammon (SVP): Pascal Schlegel hat sich mit seinem Stichentscheid sehr gut vorgestellt. Er hat eine grandiose Leistung gezeigt. Der Rat kann diese anerkennen und Pascal Schlegel mit einem Glanzresultat wählen.

Ilaz Kadriji (SP): Es werden immer mehr Junge und Frauen in der Politik gefordert. Heute haben wir die Chance mit Pascal Schlegel einen jungen Mann als Präsident zu wählen. In der neuen Amtsperiode ist für das Vizepräsidium eine Frau vorzuschlagen.

Ergebnis der geheimen Abstimmung

Ausgeteilte Stimmzettel	38
Eingelegte Stimmzettel	38
Leere Stimmzettel	1
In Betracht fallende Stimmzettel	37

Absolutes Mehr	20
Stimmen haben erhalten	
Pascal Schlegel (SVP)	37

Somit ist im ersten Wahlgang gewählt:
Pascal Schlegel (SVP)

Pascal Schlegel (SVP): Vielen Dank für das entgegengebrachte Vertrauen, ich freue mich auf die nächsten zwei Jahre und nehme die Wahl an.

12 Wahl Vizepräsident des Einwohnerrates für die Präsidentialperiode 2020 / 2021

Bruno Kaufmann (FDP): Philipp Umbricht ist bestens bekannt. Er ist Jurist und leitender Oberstaatsanwalt des Kantons Aargau. Er ist in Windisch aufgewachsen, im Turnverein und ich freue mich auf korrekt ablaufende Sitzungen.

Ergebnis der geheimen Abstimmung

Ausgeteilte Stimmzettel	38
Eingelegte Stimmzettel	38
Leere Stimmzettel	3
In Betracht fallende Stimmzettel	35

Absolutes Mehr	20
Stimmen haben erhalten	
Philipp Umbricht (FDP)	34
Vereinzelte	1

Somit ist im ersten Wahlgang gewählt:
Philipp Umbricht (FDP)

13 Wahl von zwei Stimmenzählern für die Präsidentialperiode 2020 / 2021

Ergebnis der geheimen Abstimmung

Ausgeteilte Stimmzettel	38
Eingelegte Stimmzettel	
Leere Stimmzettel	
In Betracht fallende Stimmzettel	

Absolutes Mehr 20

Stimmen haben erhalten:

Stefan Fehlmann (EVP) 36

Esther Duran (CVP) 37

Gewählt sind als Stimmenzähler

Stefan Fehlmann (EVP)

Esther Duran (CVP)

Stefan Fehlmann (EVP) erklärt Annahme der Wahl.

Esther Duran (CVP) erklärt Annahme der Wahl.

14 Postulat SP-Fraktion betreffend Halteverbot beim Kindergarten Klosterzelg, Überweisung

Goran Marinkovic (SP): Das Anliegen des Halteverbotes entlang des Kindergartens Klosterzelg-Reuteneben zu den eingegrenzten Zeiten dient der Sicherheit der Kinder und dem Verkehr, um eine gewisse Übersichtlichkeit zu gewährleisten. Die Einschränkungen sind massvoll und mit den Kindergärtnerinnen und Anwohnern abgesprochen. Der Wunsch nach dieser Einschränkung basiert auf den Beobachtungen und den Erfahrungen der Kindergärtnerinnen. Diese haben bereits das Möglichste getan, um die Situation zu entschärfen. Da sie erfolglos waren, kommen sie mit diesem Wunsch und Anliegen. Ich hoffe auf Unterstützung.

Rosi Magon, Vizepräsidentin (SP): Der Gemeinderat nimmt das Postulat entgegen und wird die Situation bei allen Kindergärten und Schulen überprüfen.

15 Beantwortung von gestellten Fragen

Kleine Anfragen von Karin Fehlmann (SP)

Fahrradabstellplätze Bahnhof Windischer Seite

- Bestehen Bemühungen Seitens der Gemeinde, dass es mit dem Projekt Bikeloft vorwärts geht?
- Ist geplant in naher Zukunft weitere gedeckte Fahrradabstellplätze zu schaffen, falls sich das Projekt noch hinzieht?
- Besteht die Möglichkeit, um die aktuelle Platznot zu entschärfen, die bestehenden gedeckten Plätze um eine zweite, erhöhte Ebene zu erweitern?
Somit könnte ein Doppelstöckiger Veloständer angeboten werden, wie dies auch auf der Brugger Seite des Bahnhofes der Fall ist.

Rosi Magon, Vizepräsidentin (SP): Beim Projekt Bikeloft gab es immer wieder Pausen. Sobald der Kanton die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Baubewilligung definiert hat, sollte das Baugesuch eingereicht werden. Der Standort der Bikeloft, beim Coop-Pronto, liegt gemäss geltendem Gestaltungsplan in der Bauverbotszone. Dies ist eine Richtplanauflage, da die NK 118 hier durchgeht. Im Zuge der gesamten Planung, auch mit der OASE, sollte die Einreichung des Gesuches möglich sein. Die SBB ist der Bauherr, Kanton und Gemeinde begrüßen das Projekt. Kann die Finanzierung gesichert werden, die Regelung ist noch nicht ganz klar, kann mit der baldigen Realisierung gerechnet werden. Bei den gedeckten Fahrradabstellplätzen muss, unabhängig vom Projekt Bikeloft, immer wieder für Ordnung gesorgt werden. Wir haben einen Unterhaltsvertrag mit den SBB, welche die Abstellplätze bewirtschaftet und ungenutzte Velos immer wieder entfernt. Die SBB klärt im Moment ab, ob eine Institution für Ordnung sorgen könnte. Nächstes Jahr ist ein Pilot für ein zweistöckiges Veloabstell-System geplant. Wir sind gespannt, wie es bei der Bevölkerung ankommt.

Campuspassage

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP):

Wie intensiv wird das Projekt Campuspassage (Webseite raumbruggwindisch KGV Massnahmen Seite 72) vorangetrieben?

Die Campuspassage gehört zum Thema Bahnhof/Stadtraum. Gemäss AZ sind die Stadt Brugg und die SBB daran, sich zu finden. Wir hoffen, dass wir anschliessend in der Projektgruppe mitdiskutieren können. Es geht nicht nur um die Verbreiterung der Campuspassage, auch die Verkehrswege müssen geklärt werden.

Könnte die Unterführung attraktiver gestaltet werden (Beleuchtung, Wandanstrich etc.)?

Die attraktivere Gestaltung der Unterführung ist nicht unsere Aufgabe. Ich werde dies einbringen, wenn ich sehe in welchem Zeitraum die Campuspassage verändert wird. Allenfalls kann dies von der SBB im Rahmen der Unterhaltsarbeiten angegangen werden. Die Beleuchtung ist angepasst worden, eine weitere Verbesserung müsste geprüft werden.

Wird die Massnahme „regelmässige Zählung der Fussgängerfrequenzen“ wie im KGV aufgeführt, durchgeführt?

Über die regelmässige Zählung musste ich selber lachen. Gemäss Aussage SBB ist dies aus Datenschutzgründen nicht möglich, trotzdem wird ein möglicher Weg gesucht. Diese Zählung ist nicht nur für die Gemeinde, sondern auch für die SBB von Interesse. Sie soll Druck erzeugen, dass mit der Campuspassage etwas gemacht werden muss.

Kleine Anfrage von Luzia Capanni (SP)

Bruno Graf, Gemeinderat (SP):

Existiert ein Konzept betreffend Schwimmunterricht an der Schule Windisch? Wie wurde dieses in den vergangenen 5 Jahren bis heute angewendet?

Das Lehrschwimmbekken existiert seit längerer Zeit nicht mehr. Die Schule Windisch hat sich mit der Situation auseinandergesetzt und bietet den Schwimmunterricht schwerpunktmässig im Sommer an. Dies entspricht den Vorgaben, Schwimmen und Bewegen im Wasser sind verpflichtender Bestandteil des Lehrplans 21. Schulgemeinden, welche keine Schwimmhalle haben, sind aufgefordert im Sommerhalbjahr einen

intensiven und regelmässigen Unterricht in einer Badeanstalt in der Region im Rahmen des Stundenplans oder einer Projektwoche zu machen.

Wie und wo werden die Schülerinnen und Schüler der Schule Windisch den Kompetenzbereich „Bewegen im Wasser“ ab Sommer 2020 erwerben?

Wie bisher gelten im Lehrplan 21 für den Schwimmunterricht verpflichtend zu erreichende Minimalanforderungen für die Primarschule und die Oberstufe. Die Anforderungen sind vor allem auf das Bewegen am und im Wasser ausgelegt.

Der Schwimmunterricht wird wie bisher im Sommer im Heumatten abgehalten. Auch im Sommer 2019 haben viele Schulklassen das Schwimmbad für gezielten Schwimmunterricht genutzt.

Luzia Capanni (SP): Auf welcher Schulstufe findet momentan der Schwimmunterricht an der Schule Windisch im Sommer statt?

Bruno Graf, Gemeinderat (SP): Unterstufe und Oberstufe.

Kleine Anfrage von Ligia Vogt (SP)

Bruno Graf, Gemeinderat (SP):

Sind in der Gemeinde Windisch die von Gewalt betroffenen Fälle bekannt? Werden diese systematisch erfasst?

Die Sozialen Dienste werden über alle Fälle häuslicher Gewalt informiert. Die Meldungen werden durch die Leiterin bearbeitet. Schätzt die Repol eine Gefährdung als hoch ein, vor allem wenn Kinder involviert sind, erfolgt eine sofortige Meldung an das Familiengericht. Das Familiengericht beauftragt die Sozialen Dienste einen Sozialbericht zu erstellen. Es werden Abklärungen durchgeführt und Empfehlungen für allfällige Massnahmen erarbeitet, beispielsweise für eine sozialpädagogische Begleitung, freiwillige Erziehungsberatung, Beistandschaft etc.

Ist in den Sozialen Diensten ein Leitfaden für den Umgang mit von Gewalt Betroffenen vorhanden? Sind die Mitarbeitenden der Sozialen Dienste im Umgang mit von Gewaltbetroffenen sensibilisiert und geschult? Wird die Beratung direkt von den Sozialen Diensten angeboten? Mit welchen Stellen wird zusammengearbeitet?

In den Sozialen Diensten ist ein Leitfaden für den Umgang mit von Gewalt Betroffenen

vorhanden, zum Beispiel der Leitfaden von der Anlaufstelle für häusliche Gewalt. Die Mitarbeitenden der Sozialen Dienste sind bestens ausgebildet, auch in diesen Themen, und im Umgang mit Gewaltbetroffenen sensibilisiert. Eine erste Beratung wird angeboten. Vor allem wird mit diversen Fachstellen wie Opferhilfe, Anlaufstelle für häusliche Gewalt, Repol, Familiengericht eng zusammengearbeitet und sofort eine Triage vorgenommen, damit die richtige Fachstelle handeln kann.

Ist die Regionalpolizei Brugg im Umgang mit von Gewaltbetroffenen sensibilisiert und geschult? Wie wird sich die Gemeinde für eine Verbesserung einsetzen, falls keine oder ungenügende Sensibilisierung und Kenntnisse der Regionalpolizei Brugg im Umgang mit von Gewaltbetroffenen vorhanden sind?

Die Repol hat 2017 in der Gemeinde Windisch 14 und 2018 31 Einsätze geleistet. Total werden pro Jahr in der Region ungefähr 120 Einsätze zum Thema häusliche Gewalt geleistet. Für diese Einsätze ist die Repol bestens geschult und besucht regelmässig Weiterbildungskurse. Die Einsätze erfolgen professionell und sachlich. Information und Triage an Fachstellen sowie Gefährdungsmeldungen erfolgen sehr schnell und zeitnah. Die Repol handelt bei häuslicher Gewalt rasch und professionell.

Ligia Vogt (SP): Die Erfahrungen auf der anderen Seite zeigen, dass Verbesserungspotenzial, vor allem im Umgang mit Familien mit minderjährigen Kindern, vorhanden ist.

16 Mitteilungen des Gemeinderates

Planerwahlverfahren Neubau Schulhaus Dohlenzelg

Max Gasser, Gemeinderat (FDP): Für die Teilnahme am Planerwahlverfahren sind 31 Bewerbungen eingegangen. Am 27. August 2019 sind fünf Teams und ein Nachwuchsbüro von der Jury einstimmig gewählt worden. Die Teams wurden benachrichtigt, alle haben zugesagt. Beim Verwaltungsgericht des Kantons Aargau ist kein Rekurs gegen die Auswahl der Teilnehmer eingegangen. Das Pflichtenheft und das bereinigte Raumprogramm wurden von der Echogruppe und vom Gemeinderat verabschiedet. Am 03. Oktober 2019 wurden die Unterlagen den ausgewählten Teams abgegeben. Die Projektbeiträge müssen bis am 23. Januar 2020 eingereicht werden und die Abgabemodelle bis am 06. Februar 2020. Die Schlusspräsentation findet am 27. Februar 2020 statt.

Wie bereits erwähnt wächst unsere Gemeinde schneller als erwartet. Aus diesem Grund hat der Gemeinderat entschieden dem Büro Infraconsult, welches die Schülerzahlen für die Schulraumplanung erhoben hat, einen Zusatzauftrag zu erteilen. In Zusammenhang mit der neuen Nutzungsordnungsordnung, inkl. Areal im Winkel, Nachverdichtungen und weiteren bekannten Arealentwicklungen, sollen Nachkalkulationen und Nachrechnungen angestellt werden. Beim nächsten Schritt benötigen wir aktuelle Schülerzahlen.

Hochhauskonzept

Rosi Magon, Vizepräsidentin (SP): Ein erster runder Tisch zu den Hochhäusern hat vor den Sommerferien mit Delegationen der Fraktionen und Quartiervereinen stattgefunden. Es wurde der Wunsch nach einem zweiten runden Tisch mit dem Ziel geäußert, dass inhaltlich diskutiert werden kann. Dieser zweite runde Tisch findet am Mittwoch, 29. Januar 2020, 19.00 bis 21.00 Uhr, statt.

16 Neueingänge

Postulat Ilaz Kadriji (SP): „Wartehüsli für Fahrgäste auf der Campusseite (Postautostation).“

Dave Roth, Einwohnerratspräsident (SP): Wir kommen zum Schluss der Sitzung und der Präsidialperiode. Ich danke meinen Kolleginnen und Kollegen, ich habe die Zusammenarbeit immer als sehr respektvoll empfunden. Danke an Stefan Wagner für die ausserordentliche Hilfe zu allen Tages- und Nachtzeiten. Bei Unsicherheiten hat er mir immer geholfen und auch im Büro hatten wir stets eine gute Zusammenarbeit. Auch die Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat verlief reibungslos und mit höchstem Respekt, dafür ebenfalls herzlichen Dank. Bei der Verwaltung kann ich mich nur anschliessen an den Kommentar im Zusammenhang mit dem Budget „immer top“ und bedanke mich ganz herzlich. Ich lade euch herzlich zum Traktandum Null ins Restaurant Kurve ein, um gemeinsam auf die vergangenen zwei Jahre anzustossen.



Schluss der Sitzung: 22.20 Uhr

EINWOHNERRAT WINDISCH

Der Einwohnerratspräsident:

Der Gemeindegeschreiber II: